

Herrn
Dr.Hans-Peter Uhl, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

13. Mai 2016

Sehr geehrter Herr Dr. Uhl,

nach massiven Protesten legte das SPD-geführte Arbeitsministerium einen verbesserten Entwurf zur Neuregelung der Zeitarbeits- und Werkverträge vor, der sich derzeit in der Abstimmung befindet. Selbständige Experten werden nicht mehr grundsätzlich aus deutschen Unternehmen verbannt. Das ist gut so.

Aber der zweite Entwurf zu § 611a BGB enthält weiterhin massive Verschlechterungen und schafft nicht die dringend benötigte Rechtssicherheit für einen modernen und zukunftsfähigen Dienstleistungs- und Arbeitsmarkt.

Deshalb wende ich mich heute persönlich an Sie, mit der eindringlichen Bitte: Lassen Sie selbständige Experten, von denen es hunderttausende in Deutschland gibt, nicht länger in der Luft hängen. Nehmen Sie Einfluss auf dieses Gesetz, sodass ich mich endlich wieder in Ruhe auf meine Arbeit konzentrieren kann. Ich appelliere an Sie als Volksvertreter:

1.) Die Freelancer-Kultur ist ein Innovationstreiber.

Und sie ist ein wichtiger Sicherheitspuffer für Unternehmen und den Standort Deutschland. IT-Spezialisten, Ingenieure, Honorarärzte, Unternehmensberater, Interims-Manager: Man darf mir nicht die Verbote für Werkverträge im Niedriglohnsektor aufbürden.

2.) Hunderttausende Deutsche wollen selbständig arbeiten.

Ich verdiene mit meiner hochqualifizierten Arbeit gutes Geld und Sorge selbst für das Alter vor. Deshalb möchte ich weiterhin selbständig tätig sein. Das muss klar geregelt werden, damit Unternehmen rechtssicher Aufträge an mich vergeben können. Stärken Sie bitte zudem die Rechtstaatlichkeit durch einen Schnell-Bescheid als Ersatz für das aktuelle Statusfeststellungsverfahren. Dies muss auch durch effektive Rechtsbehelfs- und Schlichtungsmechanismen flankiert werden.

3.) Handeln Sie für Ihren Wahlkreis.

Begrenzen Sie das Gesetz auf die tatsächlich Schutzbedürftigen in niedrigen Einkommensklassen – und sichern Sie meine Position durch klare Positivkriterien, die auch juristischen Laien bereits bei Vertragsschluss die Unterscheidung zwischen Festanstellung und Selbständigkeit ermöglichen. Wer gut und fair bezahlt wird und für sein Alter vorsorgt, ist nicht schutzbedürftig! Das nützt der Wirtschaftskraft in Ihrem Wahlkreis.

4.) Erheben Sie in Berlin Ihre Stimme.

Wer fair bezahlt wird und selbst für sein Alter vorsorgt, der muss auch weiterhin selbständig sein können und darf nicht dem Prüfwahnsinn der Deutschen Rentenversicherung ausgesetzt werden. Dies muss Frau Nahles in ihrem neuen Gesetzentwurf bestätigen.

Ich bitte Sie heute ganz persönlich: Setzen Sie sich in Ihrer Fraktion für selbständige Experten und deren unternehmerische Freiheit ein. Nehmen Sie mich als Ihren Wähler bitte ernst. Auftragnehmer und Auftraggeber brauchen endlich Rechts- und Planungssicherheit, die jetzt geschaffen werden muss!

Ich verstehe, dass Sie Mindestlohnarbeiter schützen wollen. Aber entziehen Sie mir, einem hochqualifizierten Selbstständigen, nicht die Erwerbsgrundlage. Schaffen Sie Rechtssicherheit für Selbstständige! Damit erhalten Sie wichtige Innovationstreiber für den Standort Deutschland.

Ich freue mich über Ihre Haltung und Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Max Musterfreiberufler
